

# Illustriertes Tageblatt

SÄCHSISCHE HEIMATZEITUNG DES STOLLE-VERLAGS

Ausgabe E mit:

## Elbtal-Abendpost Sächsische Vorzeitung und Sbaupresse

Dresden-N., Marienstraße 26, Fernspr. 28790 / Dresden-Blasewitz, Tolkenhüt Str. 4, Fernspr. 31307

**Anzeigenpreis**  
Die sechsmal gefaltete Millimeterzeile (46 mm br.) oder deren Raum kostet 16 Pfg., einschließlich „Dresdner Neue Presse“ 30 Pfg.; die viermal gefaltete Reklame-Millimeterzeile (73 mm breit) oder deren Raum 30 Pfg., einschließlich „Dresdner Neue Presse“ 40 Pfg. — Gemessen wird die Höhe des Satzspiegels. Für Erchein der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, ebenso für Anzeigen, welche durch Fernsprecher aufgenommen werden, wird keine Garantie übernommen. Inserationsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig. Rabattanspruch erlischt bei Klage, Zahlungseinstellung oder Konkurs des Auftraggebers. Erfüllungsort für Lieferung u. Zahlung: Dresden. Verlagsort: Dresden

**Bezugspreis**  
Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt monatlich M. 2.— einschließlich 36 Pfg. Trägeloohn; durch die Post bezogen monatlich M. 2.— ohne Zustellgebühr, einschließlich 30 Pfg. Postgebühr. — Für unvollständig eingelangte Manuskripte und Bilder wird keine Garantie übernommen. — Für Fälle höherer Gewalt, Streik, Krieg usw. besteht kein Anspruch auf Wiederholung oder Nachlieferung der Zeitung oder Rückerstattung des Vorkaufes. — Verlag: Clemens Vandgraf Nachf., W. Stolle, Dresden, Marienstr. 26, Fernsprecher Dresden Nr. 28790 u. Freital i. Sa., Gutenbergstraße 2-4, Sammelnummer Freital 2886. Telegr.-Adr.: Stolle-Verlag

Nr. 272

Donnerstag, den 22. November

1934

## 3,5 Milliarden Franken für die Modernisierung der französischen Luftflotte

### Der Führer war gestern auf dem Weissen Hirsch

Reichswehrminister Generaloberst von Blomberg war heute bekanntlich seit einigen Wochen in Dresden in einem Sanatorium zur Kur. Der Führer und Reichsfeldmarschall Adolf Hitler hatte ihm am Mittwoch, von München kommend, im Sanatorium einen Besuch ab.

### Morgen Konferenz der Landeskirchenführer

Eine Konferenz der evangelischen Landeskirchenführer findet Freitag, den 24. November, am Sitz der Reichskirchenregierung in Berlin statt. U. a. wird dabei der Fragenbereich erörtert werden, der sich mit der Bildung eines geistlichen Ministeriums befaßt.

### „Englands Grenze liegt am Rhein“

#### Baldwin erläutert seine aufsehenerregende Erklärung

Aus dem Gaa wird gemeldet: Im Laufe der Aussprache in der zweiten Kammer über die holländische Politik erklärte Außenminister de Graeff, der niederländische Gesandte in London habe sich bei einem zufälligen Zusammenreffen mit Baldwin von diesem eine Erklärung der aufsehenerregenden Erklärung über die Hinanzschiebung der englischen Grenze bis zum Rhein“ geben lassen. Baldwin habe

angekündigt, daß er nichts anderes zum Ausdruck bringen wolle, als daß wegen der überhöhten Entwicklung des Luftverkehrs Warnungen vor einem bevorstehenden Zustangriff auf das englische Inselreich bereits dann ergehen müßten, wenn die Flugzeuge am Rhein landeten würden.

und nicht erst dann, wenn sie bereits bis zur englischen Grenze gelangt seien. Er habe jedoch keineswegs damit sagen wollen, daß mit Holland oder mit einem anderen Lande eine enge

### Herrn Denains Mindestforderung bewilligt

Luftfahrtminister General Denain erschien am Mittwochnachmittag vor dem Luftfahrtamt der Kammer, um über alle seinen Dienstbereich betreffenden Fragen Auskunft zu geben. Er teilte u. a. mit, daß für die restlose Modernisierung und Umgestaltung der französischen Luftflotte 3 1/2 Milliarden Frank notwendig seien, abgesehen von den laufenden Haushaltsausgaben.

Paris, 22. November. (Radio.) Der Ausschuss genehmigte für die Modernisierung der französischen Luftflotte 3 1/2 Milliarden Frank, auf drei Jahre verteilt. Dazu kommen die jährlichen Haushaltsausgaben für das Luftfahrtministerium in Höhe von 1/2 Milliarden Frank.

Zusammenarbeit zwecks Anlegung englischer Militärflugplätze außerhalb des englischen Gebietes stattfinden müsse.

Außenminister de Graeff betonte hierzu noch, daß er dieser authentischen Auslegung nichts hinzuzufügen habe; dennoch wolle er im Hinblick auf die „ebenso unfinnigen wie hartnäckigen Gerüchte“ über militärische Vereinbarungen zwischen Holland und anderen Ländern nochmals

nachdrücklich feststellen, daß Holland niemals seine traditionelle Unabhängigkeitspolitik preisgeben werde,

und daß es einen Trugschluss bedeute, wenn man annehmen wolle, daß über holländisches Gebiet zum Zwecke der Verteidigung eines anderen Staates nicht veräußert werden könnte. Holland wünsche nicht, in das Vorkriegsregime irgendeines europäischen Staates oder einer bestimmten Staatengruppe zu geraten.

### Von 46 000 Einsprüchen waren nur 7200 begründet

Die Abstimmungskommission für das Saargebiet hat dem Völkerbundsekretariat einen ausführlichen Bericht über ihre Tätigkeit im September und Oktober zugehen lassen. Darin wird u. a. mitgeteilt, daß die Gesamtzahl der in die Wählerlisten eingetragenen Personen am Sonntag des 3. September 132 740 betrug, von denen 55 794 außerhalb des Gebietes wohnen.

Eingehend und mit deutlicher Kritik erörtert der Bericht die Abstimmungsfrage, die von den beiden separatistischen Organisations „Einheitsfront“ und „Arbeitsgemeinschaft“ gegen die Eintragungen in die Wählerliste erhoben worden sind.

Anßerdem wird erklärt, die Abstimmungskommission haben bei verschiedenen Gelegenheiten feststellen können, daß die örtlichen Behörden in ihrer Mehrzahl offenkundig Sympathien

für die Deutsche Front hätten, daß ihre Arbeit in technischer Hinsicht aber nichtsofortwelliger korrekt und gewissenhaft gewesen sei. Es müsse auch festgestellt werden, daß dort, wo mehrfache Eintragungen derselben Personen vorgenommen seien, diese Personen selbst in vielen Fällen die Verichtigung der Listen verlangt hätten.

Hinsichtlich des Ganges des Abstimmungslehanges wird u. a. erwähnt, daß wiederholt der Wunsch an die Abstimmungskommission herangebracht worden sei, das Recht zum öffentlichen Zutreten in Wahlversammlungen auf die Abstimmungsberechtigten zu beschränken.

Die Abstimmungskommission habe nicht geglaubt, diesem Wunsche entsprechen zu können.



Kleiderfammlung der NS.-Volkswohlfahrt

Im Rahmen des Winterhilfswerkes spielt die Kleiderfammlung der NS.-Volkswohlfahrt eine große Rolle. Hier werden nicht nur aus Privatkreisen gut erhaltene gebrauchte Kleidungsstücke abgeliefert, sondern es gelangen auch neue Sachen zur Verteilung, die von Konfektionshäusern als Winterhilfsspende gegeben werden. In den Kleiderkammern der NS.-Volkswohlfahrt kann man für jede Figur Passendes finden. — In der Bild geradet einen Blick in eine der Berliner Kleiderkammern.

schon aus dem formalen Grunde, da nach den Bestimmungen der Abstimmungsordnung die Abstimmungsabrechnung jedes einzelnen erst am 17. Dezember endgültig feststehe. Auch habe die Kommission die Tatsache berücksichtigt wollen, daß eine derartige Beschränkung die Redefreiheit zahlreicher Personen beeinträchtigen würde, die zwar nicht abstimmen, aber doch sehr wichtige Interessen an der Zukunft des Saargebietes hätten.

In einem Ergänzungsbericht wird die bereits bekannte Aufstellung über die zahlenmäßige Bedeutung und die Art der Forderung der Einsprüche gegen die Abstimmungslisten mitgeteilt. Es geht daraus insbesondere hervor, daß von den über 46 000 Einsprüchen gegen die Eintragung von Stimmberechtigten nur 7 200 begründet waren.

### Der Saar-Ausschuß wieder an der Arbeit

Am Mittwoch sind die Besprechungen über die Saarfrage unter Vorsitz von der beiderseitigen Sachverständigen in Rom wieder aufgenommen worden. In seiner Vorbesprechung auf Genf meint Georges Davanasi in der „Tribuna“, die Saarabstimmung sei das einzige Thema in Genf, das wirklich konkreten Wert besäße. Nach einer Verklärung der französisch-deutschen Pläneleien scheint es nun, als ob die beiden Hauptbeteiligten es als wünschenswert erachteten, ohne Zwischenfälle bis zur Abstimmung zu gelangen.

### Oesterreichs Ruf nach Gleichberechtigung

Die am Dienstag erfolgte Erklärung des österreichischen Delegierten beim Völkerbund, Pflügl, wonach dieser im Namen seiner Regierung Gleichberechtigung in der Rüstungsfrage für Oesterreich forderte, hat in Wiener politischen Kreisen ungeheures Aufsehen hervorgerufen. Man weiß darauf hin, daß Oesterreich noch niemals die Gleichberechtigung vor dem öffentlichen Forum in Genf verlangt hat, und mißt der Erklärung insbesondere mit Rücksicht auf den Pakt von Rom, dessen Ausweitung ja eben erst beschlossen wurde, besondere Bedeutung zu.

Was die Haltung Oesterreichs anbelangt, so fragt das „Journal des Nations“, ob der österreichische Vertreter mit seiner Forderung nach Gleichberechtigung nicht auch für das abwesende Deutschland eingetreten sei.

Der „Bund“ schreibt zu der österreichischen Erklärung: Es konnte nicht fehlen, daß Oesterreich wegen dieses Vorstoßes in gewissen Völkerbundskreisen als Schrittmacher für Ungarn, ja sogar für das Dritte Reich bezeichnet worden sei.

### Südflawien soll einen Rückzieher machen

Der französische Außenminister Laval hat Dienstag mittags mit den in Genf anwesenden Außenministern der Kleinen Entente gefrühstückt und mit ihnen, wie man hört, hauptsächlich die Behandlung der Marzeller Nordfrage im Rahmen des Völkerbundes durchgesprochen. Es verlautet, daß Frankreich in sehr vorzüglicher Weise seinen Einfluß dahin geltend gemacht habe, diese heisse Angelegenheit nicht überhastigt zu behandeln. Deshalb gilt es nunmehr